

Projektbeschreibung

Ausgangslage und Handlungsbedarf

Die Gemeinden Brüggen und Schwalmtal stehen – wie viele ländlich geprägte Kommunen – vor erheblichen Herausforderungen in der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Eine überdurchschnittlich alternde Bevölkerung, steigende Pflegebedarfe, eine hohe Zahl alleinlebender älterer Menschen sowie begrenzte familiäre Unterstützungsressourcen treffen auf strukturelle Defizite im ambulanten und teilstationären Versorgungsangebot. Insbesondere fehlen ausreichend Tagespflegekapazitäten, niedrighschwellige Unterstützungsangebote sowie eine systematische sektorübergreifende Koordination zwischen Hausärzten, Pflege, Sozialarbeit und Ehrenamt.

Diese Situation führt zu Versorgungsbrüchen, einer späten Erkennung von Pflegebedarfen, einer erhöhten Belastung pflegender Angehöriger und vermeidbaren Krankenhausaufenthalten. Vor diesem Hintergrund besteht ein klarer Bedarf an neuen, integrierten Versorgungsstrukturen, die medizinische, pflegerische und soziale Leistungen regional bündeln und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Zielsetzung des Modellvorhabens

Ziel des Projekts ist der Aufbau und die Weiterentwicklung eines interkommunalen medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) für Brüggen und Schwalmtal. Das MVZ soll als zentrale Koordinations-, Vernetzungs- und Entwicklungsstruktur dienen, um die medizinische und pflegerische Versorgung sektorenübergreifend zu stärken, Versorgungslücken zu schließen und die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen nachhaltig zu verbessern.

Im Mittelpunkt stehen:

- die frühzeitige Identifikation von Unterstützungs- und Pflegebedarfen,
- die bessere Koordination bestehender Angebote,
- der Ausbau niedrighschwelliger, wohnortnaher Hilfen,
- die Entlastung pflegender Angehöriger sowie
- die Vermeidung unnötiger stationärer Aufenthalte.

Projektansatz und Inhalte

Kern des Modellvorhabens ist die enge Zusammenarbeit aller relevanten Akteure in der Region. Hierzu zählen Kommunalverwaltungen, Hausärztinnen und Hausärzte, ambulante Pflegedienste, soziale Dienste, Ehrenamt, Wohlfahrtsverbände sowie Bürgerinnen und Bürger.

Zentrale Bausteine des Projekts sind:

- Regionale Gesundheits- und Pflegekonferenz

Als dauerhaftes Beteiligungs- und Steuerungsgremium bringt sie alle relevanten Akteure zusammen. Sie dient der gemeinsamen Bedarfsanalyse, der Entwicklung konkreter Maßnahmen und der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur.

- Koordination und Case-Management

Durch strukturierte Pflege- und Bedarfsanalysen sowie den Einsatz von Case-Management werden Risiken frühzeitig erkannt und passgenaue Unterstützungsangebote vermittelt. Digitale Instrumente unterstützen die Koordination und Dokumentation.

- Ausbau niedrigschwelliger Angebote

Dazu zählen präventive Hausbesuche, Beratungsangebote, Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliche Unterstützungsstrukturen sowie die Stärkung ambulanter und teilstationärer Versorgungsformen.

- Stärkung des Ehrenamts und der Zivilgesellschaft

Ehrenamtliche Initiativen werden systematisch eingebunden, qualifiziert und vernetzt, um soziale Teilhabe zu fördern und ergänzende Unterstützungsangebote bereitzustellen.

- Digitale und innovative Lösungsansätze

Digitale Plattformen und Beratungsformate (z. B. Teleberatung) verbessern die Erreichbarkeit von Angeboten und erleichtern die Zusammenarbeit der Akteure.

Mehrwert und Innovationsgehalt

Das Modellvorhaben zeichnet sich durch seinen sektorübergreifenden, partizipativen Ansatz aus. Es verknüpft medizinische, pflegerische und soziale Leistungen systematisch und richtet die Versorgung konsequent an den tatsächlichen Bedarfen der Bevölkerung aus. Der besondere Mehrwert liegt in:

- der Vermeidung von Doppelstrukturen,
- der Verbesserung der Versorgungsqualität,
- der Entlastung von Pflegebedürftigen und Angehörigen,
- der Stärkung regionaler Verantwortung und
- der Entwicklung eines übertragbaren Modells für andere ländliche Regionen.

Umsetzung und Perspektive

Von Beginn an ist die Überführung erfolgreicher Ansätze in die Regelversorgung vorgesehen. Durch enge Anbindung an bestehende kommunale Strukturen und Förderinstrumente wird eine nachhaltige Wirkung angestrebt.